

Die Struktur der kommunalen Elite

Seminararbeit

eingereicht bei Prof. Dr. Andreas Ladner

von

Andrea May
Breitenrainplatz 26
3014 Bern

99-119-133
andrea.may@postmail.ch

Michael May
Seidenweg 52
3012 Bern

98-119-431
sancho@postmail.ch

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	3
Tabellenverzeichnis.....	3
1. Einleitung	4
2. Die soziale Identität der Exekutivmitglieder.....	6
2.1. Theoretische Überlegungen.....	6
2.2. Empirische Ergebnisse	10
2.2.1. Die Sozialstruktur der Exekutivmitglieder.....	10
2.2.2. Wandel zwischen 1990 und 2002.....	13
3. Der Wandel der Parteien	16
3.1. Theoretische Überlegungen.....	16
3.2. Parteien und ihre Mitglieder: Rekrutierungsprobleme.....	20
3.3. Empirische Überprüfung der Hypothesen.....	25
4. Schlusswort	31
5. Literaturverzeichnis.....	34

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1	Charakteristische Merkmale der Exekutivmitglieder	11
Abbildung 2-2	Wandel in den Bildungsabschlüssen	14
Abbildung 2-3	Wandel in der Altersstruktur	15
Abbildung 3-1	Ist es schwieriger geworden Kandidaten zu finden	25
Abbildung 3-2	Ist es schwieriger geworden Kandidaten zu finden nach Parteien	26
Abbildung 3-3	Ist es schwieriger geworden Kandidaten zu finden nach Einwohnerzahl	27
Abbildung 3-4	Altersstruktur nach genügend Kandidaten	28
Abbildung 3-5	Altersstruktur nach ist es schwieriger geworden Kandidaten zu finden	29
Abbildung 3-6	Altersstruktur nach Einwohnerzahl	30

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1	Die Berufe der Exekutivmitglieder	13
-------------	-----------------------------------	----

1. Einleitung

Überall in Westeuropa hört man klagende Stimmen über die um sich greifende politische Apathie der Bürger. Ein wachsender Teil der Bevölkerung scheint sich von der Politik verabschiedet zu haben, verzichtet auf jegliches Engagement und zieht sich selbst von der Teilnahme an Wahlen zurück. Allen voran gilt das für die jüngeren Wähler.

Von dieser Entwicklung sind auch die Parteien betroffen, die ständig an Popularität einbüßen, obwohl viele gegen ihren Imageverlust ankämpfen (vgl. Langguth 2001). Allen voran die traditionellen Parteien müssen sich mit einem geringeren Ansehen als früher abfinden. Zusätzlich haben sie Konkurrenz erhalten, da immer mehr Themen die politische Agenda bestimmen, welche von neuen Parteien und sozialen Bewegungen aufgenommen wurden; diese vermögen oftmals mehr den Einstellungen und Eigenarten der Bürger zu entsprechen.

Die Loslösung von den traditionellen Parteien macht sich in erster Linie durch Stagnation oder sogar Abnahme der Mitgliederzahl sowie durch eine steigende Überalterung der Parteimitglieder bemerkbar.

Der beklagte Rückgang der Mitgliederstärke trifft alle größeren Parteien in Europa und ist demnach kein alleiniges schweizerisches Spezifikum (vgl. Ladner 2003). Dieser internationale Trend, von dem unsere Schweizer Regierungsparteien auch betroffen sind, ist eines der Merkmale, welche den Wandel von Parteien charakterisieren.

Deshalb lohnt sich ein Blick auf die Erklärungsversuche dieses Mitgliederschwundes: Dieser signalisiert zwar Probleme der Akzeptanz politischer Parteien, aber dennoch sollte diese Entwicklung nicht in falscher Weise dramatisiert werden, sondern muss im Zusammenhang des gesellschaftlichen Umfelds gesehen werden. Die westlichen Gesellschaften haben sich in den letzten dreißig Jahren in vielen Bereichen einschneidend gewandelt. Parteien müssen sich den markanten strukturellen und kulturellen Veränderungen anpassen. Vor dem Hintergrund dieser neuen Rahmenbedingungen der Moderne und der damit einhergehenden Bedeutungsänderung von Parteien betrachtet unsere Arbeit, die Merkmale und Entwicklung der aus den Parteien rekrutierten Exekutivmitglieder. Denn eine der wichtigen Funktionen von Parteien besteht darin, dass sie die Rekrutierung der Mandatsträger leisten (vgl. Ladner 1999: 214).

Im Zentrum unserer Arbeit stehen die Ergebnisse zweier praktisch identischer Untersuchungen vom Soziologischen Institut der Universität Zürich. Um die Welt der Lokalparteien nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde allen Präsidenten und

Präsidentinnen von ca. 5000 Ortsparteien im Herbst 1989 und im Herbst 2002 ein umfangreicher Fragebogen zugesendet. So wurden sie aufgefordert, über die Anhängerbasis, Organisationsstruktur, ideologische sowie sachpolitische Positionen, innere Prozesse und die externen politischen Aktivitäten der Partei Auskunft zu geben (vgl. Geser 2004: 3).

Diese Datenbasis ermöglicht es, Aussagen über die Merkmale der Exekutivmitglieder von Schweizer Gemeinden zu machen. Obwohl in letzter Zeit größere empirische Untersuchungen über die Partieliten entstanden sind, merkt man, dass die politischen Parteien in der Schweiz nicht Gegenstand einer breiten politologischen Forschung waren (vgl. Ladner 1999: 214)

Deshalb existiert hierzulande keine fundierte Parteienforschung wie dies in unseren Nachbarländern Deutschland und Österreich der Fall ist. Zu Partieliten der Schweiz bestehen Studien, welche sich spezialisiert haben auf die Frauen (Ballmer-Cao & Wenger 1989), die mittlere und nationale Elite (Sciarini et al. 1994) oder die Parteivertreter der Bundesversammlung (Liebig 1997), aber nicht auf die lokale Ebene der Elite. Da die Offenheit der Elitenrekrutierung vielfach als ein wichtiges Merkmal der repräsentativen Demokratie betrachtet wurde (vgl. Hoffmann-Lange 1992: 118), interessiert uns, wie homogen sich diese Gruppe in Bezug auf ausgewählte soziodemographische Merkmale der Elitenforschung präsentiert. Unser Datensatz erlaubt uns im ersten Teil der Arbeit die Identifizierung der Exekutivmitglieder anhand sozialer Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung, und Beruf. Durch den Vergleich der beiden Umfragen betrachten wir den Wandlungsprozess während der Zeitspanne von zehn Jahren.

Im zweiten Teil unserer Arbeit konzentrieren wir uns auf das Alter der Exekutivmitglieder. Unter der Annahme, dass sich das Phänomen der Überalterung unserer Regierungsparteien auch bei den Exekutivmitgliedern zum Ausdruck kommen müsste. Denn da ein großer Anteil der kommunalen Exekutivmitglieder aus Parteien rekrutiert wird, vermuten wir, dass sich die festgestellte Überalterung von Parteimitgliedern (vgl. Geser et al. 1994) auch dort abzeichnet. Wir wollen folgende Fragestellung beantworten: sind die Exekutivmitglieder der Schweizer Gemeinden seit 1990 im Durchschnitt älter geworden? Und besteht ein Zusammenhang dieser Überalterung mit der schwierigen Suche nach Kandidaten für kommunale Wahlen?

2. Die soziale Identität der Exekutivmitglieder

2.1. Theoretische Überlegungen

Bei der Betrachtung der Exekutivmitglieder von Schweizer Gemeinden interessiert uns zunächst einmal, welcher Personenkreis in diesem Amt vertreten ist. Denn demokratiethoretische Debatten zeigen immer wieder, die herrschenden unterschiedlichen Auffassungen in Bezug auf die Repräsentation der Wählerschaft (vgl. Sciarini et al. 1994: 25). Eine Idee geht davon aus, dass diese Repräsentanten so unterschiedlich sein sollten, wie die Bürger selbst; die andere nimmt an, dass es sich um eine spezifische, politische Klasse handelt, welcher bestimmte Merkmale zugeordnet werden. So gab es über die letzten Jahrzehnte in den Sozialwissenschaften lebhaftige Kontroversen über die Machstrukturen in industriellen Demokratien, insbesondere über die zentrale Frage der meisten der theoretischen Modelle nach dem Verhältnis von ökonomischer und politischer Macht. Sehr große Aufmerksamkeit erhielt dabei die Auseinandersetzung zwischen Machteliten- und Pluralismustheoretikern (vgl. Hoffmann-Lange 1992).

Die klassischen Pluralismustheorien stellten während der vierziger und fünfziger Jahre das allgemein akzeptierte Modell des politischen Prozesses dar. Sie gingen von einer Machtbalance verschiedener gesellschaftlicher Gruppen aus, welche als Produkt der Assoziationsfreiheit hervorgingen. Eine Vielzahl sich überschneidender Interessen und der prinzipiell offene Zugang zu Entscheidungsprozessen sind konstitutive Merkmale dieses Modells. Unterschiedliche Ressourcenausstattung und Machdifferentialie zwischen den Gruppen werden von den Autoren zwar nicht geleugnet, jedoch nicht als Problem betrachtet (vgl. Dahl 1961).

Der elitäre Ansatz basiert auf einer monistischen Gesellschaftstheorie (vgl. Pareto 1935, Mosca 1939, Mills 1956). Sie wurden in erster Linie zur Erklärung der amerikanischen Machstruktur entwickelt und betonen die Existenz einer kleinen, kohäsiven Machtelite. Angenommen wird, dass politische Macht mit sozialer und ökonomischer Macht verbunden ist, und Individuen mit Geld und hohem Sozialstatus deshalb politisch einflussreich sind. Der Machtbegriff basiert im elitistischen Verständnis auf einem strukturellen Ansatz, d. h. Macht strukturiert soziale Beziehungen. Die gesellschaftlichen Merkmale Reichtum, sozialer Status und Prestige werden als Faktoren der Strukturierung angesehen. Die Mitglieder solcher Eliten unterscheiden sich soziodemographisch betrachtet deutlich von den Normalbürgern und bilden die Spitze einer pyramidenförmigen Machthierarchie (vgl. Mills 1956: 13).

Auch in der deutschen Forschungsgeschichte haben nicht nur theoretische Arbeiten, sondern auch empirische Studien über nationale Eliten eine lange Tradition. Die Aussagen variieren dabei ja nach theoretischer Fragestellung und vor allem auch nach Zugangsmöglichkeiten zu ihrem Forschungsobjekt. Ursula Hoffmann-Lange (1992) fasst sie in drei Kategorien zusammen:

Sie nennt zuerst die sozialen Charakteristika und Karrieremuster. Informationen über diese Merkmale sind am leichtesten zugänglich. Sie sind auch von Eliten erhältlich, zu denen der Forscher selber keinen direkten Zugang hat, da diese Art von Information nachgelesen werden kann. Dies findet man beispielsweise in Handbüchern und deshalb auch von historischen Eliten.

Eine zweite Gruppe umfasst Perzeptionen und Einstellungen über Rollenverständnis, Demokratieverständnis und Einstellungen zu politischen Streitfragen. Diese Art von Informationen können nur mittels einer direkten Befragung von Eliten erhoben werden. Und schließlich bestehen noch Untersuchungen zu Netzwerkinformationen über Kontaktmuster auf der Eliteebene. Das betrifft sowohl allgemein zugängliche Informationen über Positionsverflechtungen von Individuen, d.h. die Ämterkumulation, oder enge Beziehungen zwischen den verschiedenen Organisationen. Es handelt sich ausserdem um mittels Befragung erhobene Informationen über persönliche oder institutionelle Kontakte von Eliten.

Der bedeutungsvolle Wert dieser Informationen ist deskriptiver Art. Die Ergebnisse dieser empirischen Eliteforschung können als Informationen über wichtige Aspekte gesellschaftlicher Ungleichheit sowie über die Machtstrukturen betrachtet werden.

Demgegenüber wird der theoretische Wert solcher Forschung vielfach in Frage gestellt (vgl. Bürklin et al. 1997 und Hoffmann-Lange 1992). In der Literatur wird kritisiert, sie trage kaum zur Beantwortung der durch die klassischen Elitetheorien aufgeworfenen Fragen bei, nämlich nach der gesellschaftlichen Rolle von Eliten. Allerdings sollten die Ergebnisse nicht an ihrem Beitrag zur Überprüfung globaler Gesellschaftstheorien gemessen werden; jene beinhalten soziologische Universalien oder globale gesellschaftliche Entwicklungsprozesse mit einem daraus resultierenden Komplexitätsgrad, der es schwierig macht, geeignete Indikatoren für ihre Überprüfung zu finden.

Hat man allerdings von einzelnen Ländern geeignete komparative Querschnittsdaten, lassen sich zumindest Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen oder politischen Faktoren

einerseits, und Merkmalen von Eliten andererseits überprüfen. In diese Kategorie gehören auch die Theorien über den Wandel der Elitenrekrutierung als Folge von Industrialisierung und Demokratisierung.

Schließlich sind noch die sozialwissenschaftlichen Theorien zu nennen, welche sich nicht ausschließlich auf Eliten beziehen. Teilweise werden sogar keine expliziten Aussagen über Eliten gemacht. Sie zeigen allerdings Zusammenhänge auf, welche auch für Eliten relevant sind. Hierzu gehören Theorien über politische Partizipation, Wahlverhalten, soziale Mobilität, Karrieremuster oder politische Repräsentation. Untersuchungen über Eliten sind im Lichte dieser Theorien deshalb besonders interessant, weil Eliten sozusagen eine Extremgruppe darstellen. Sie sind die Spitze eines Eisberges, für welche die postulierten Zusammenhänge auch gelten müssten, damit die Theorien als empirisch abgesichert gelten können.

In unserer Arbeit beziehen wir uns bei der Diskussion von Rekrutierungs- und Nachwuchsproblemen auf Theorien der letztgenannten Gruppe.

Da wir aufgrund unseres Datensatzes die Betrachtung der Exekutive auf Parteimitglieder beschränken, also auf Mandatsträger welche aus Parteien rekrutiert wurden, verstehen wir sie als Teil der Partielite. Sie stellen eine spezielle Gruppe von Parteiaktiven dar, für welche die sich abzeichnenden Trends aus den Beobachtungen der Parteimitglieder und ihrer Anhänger auch zutreffen müssten.

Auch Ladner (vgl. Geser et al. 1994) identifiziert drei Stufen von Parteinähe der Mitglieder, wobei Exekutivmitglieder als dritte Stufe das eigentliche Machtzentrum im Gesamtgefüge der Parteien bilden. Die Autoren entgegnen auf den Einwand, dass Amtsträger und Parteiführer als zwei unterschiedliche Personengruppen getrennt voneinander zu betrachten seien, dass hier der kommunale Kontext beachtet werden müsse. Denn auch wegen dem beschränkten Personalangebot handelt es sich bei Parteiführung und Mandatsträgern oft um dieselbe Person. Deshalb betrachten sie die Exekutivmitglieder hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft stellvertretend für die Parteiführung, was unser Verständnis in Bezug auf die Mandatsträger stützt.

Die Analyse der soziodemographischen Merkmale gehört zu den klassischen Theorien der Eliteforschung. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die entsprechenden Informationen leicht erhältlich sind, da Bestandteil vieler Datenerhebungen, oder Nachschlagewerken entnommen werden können. Solche sozialen Merkmale von Eliten werden als Indikatoren für deren soziale Kohäsion betrachtet. Überprüft werden durch diese Untersuchung Annahmen über deren exklusive soziale Herkunft, gemeinsame Sozialisation

durch bestimmte Bildungsinstitute, berufliche Erfahrungen oder Freundschaftsbeziehungen. Zur Messung werden als Indikatoren verschiedene demographische Merkmale genutzt, wie soziale Herkunft, Bildung, Konfession oder Alter, um dann Ähnlichkeiten und Unterschiede innerhalb einer Elite zu bestimmen.

Wir beginnen im ersten Teil unserer Arbeit mit dieser Art von Betrachtung, indem wir einen Überblick über die Verteilung der wichtigsten soziodemographischen Merkmale von Eliten (vgl. Hoffmann-Lange 1992: 121) geben.

2.2. Empirische Ergebnisse

Empirische Studien der Elitenanalyse lassen erwarten, dass es sich bei Exekutivmitgliedern vor allem um Männer mit guter Bildung und höherem Einkommen handelt. In diesem Kapitel wollen wir die Frage beantworten, ob dies auch auf die Mitglieder in den Schweizer Gemeindeexekutiven zutrifft. Dazu werten wir einen Teil der schriftlichen Befragung über die Schweizer Lokalparteien von 2002 aus.

Für uns relevant sind die Fragen im Kapitel „Zu den Parteivertreter(innen) in der Gemeindeexekutive“. Nicht berücksichtigt werden die Fragen 58 (Hält Ihre Ortspartei das Gemeindepräsidium inne?), 63 (Ressortverteilung) und 64 (Meinungen äussern oder Entscheidungen treffen, die von den aktiven Parteimitgliedern nicht gutgeheissen werden), da diese keinen direkten Bezug zu unserem Thema haben.

Bei der Frage 55 gaben die Lokalparteien an, wie viele Sitze sie in der Gemeindegewalt innehaben. Anhand dieser Angabe überprüften wir die ausgewerteten Antworten auf ihre Plausibilität. Die Anzahl Mandatsträger durfte die Anzahl Personen bei den Antworten nicht unterbieten. Dadurch verringerten sich die Datensätze von 2580 auf ca. 1700.

Im zweiten Abschnitt interessiert uns, ob ein Wandel seit der letzten Befragung von 1990 stattfand. Dazu werteten wir nur die Lokalsektionen aus, welche die Fragebögen sowohl 1990 wie auch im Jahre 2002 ausgefüllt haben. Diesem Kriterium entsprachen 1052 Lokalsektionen. Nach der Durchführung der Plausibilitätsprüfung sank die Gesamtzahl der Fälle auf ca. 500.

2.2.1. Die Sozialstruktur der Exekutivmitglieder

Es bestätigt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Exekutivmitglieder bei den Schweizer Lokalparteien männlich ist. Der Frauenanteil beträgt rund 25%. Dieser Anteil repräsentiert in keiner Weise die schweizerische Wohnbevölkerung, deren Frauenanteil über 50 % beträgt. Allerdings ist die Tendenz steigend. Bei der Erhebung 1990 betrug der Frauenanteil nur 11%. Unterschiede bestehen innerhalb der vier Bundesratsparteien¹. Während die FDP und die CVP im gesamtschweizerischen Mittel liegen, ist die SVP mit 19 % Frauenanteil deutlich darunter. Im Gegensatz dazu steht die SP, deren Frauenanteil bei 31% liegt. Es scheint, dass es in „linken“ Parteien für Frauen einfacher ist, eine politische Karriere zu machen. Zudem haben

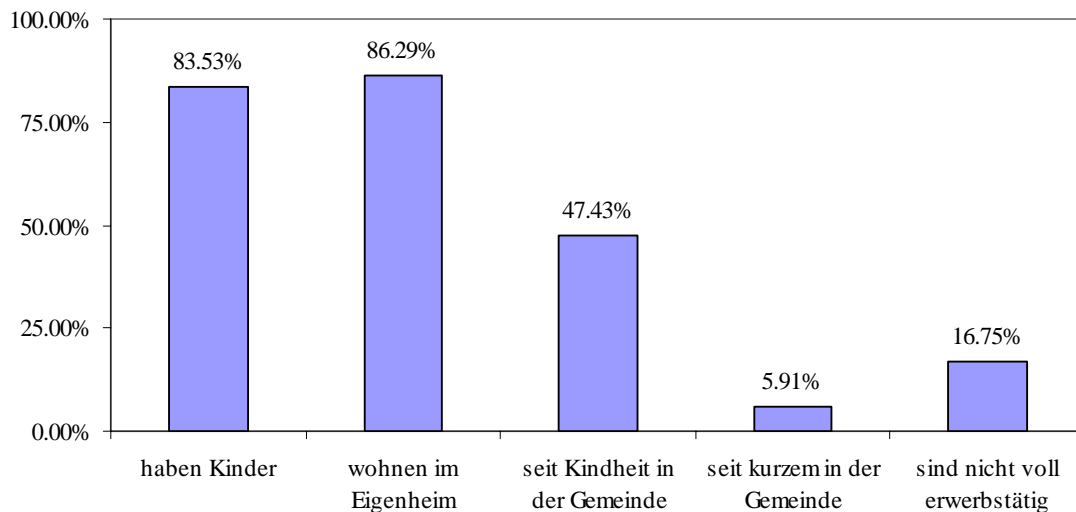
¹ Wir beschränken uns aufgrund der Übersichtlichkeit und weil es die Mehrzahl der Fälle betrifft auf die 4 Bundesratsparteien.

sie auch grössere Anstrengungen unternommen, die Frauenquote zu erhöhen, was ihnen offenbar gelungen ist.

Bei den in der Abbildung 2-1 dargestellten Merkmalen wurde gemessen, wie stark die Verbindung zur Gemeinde ist (vgl. Geser et al. 1994: 93). Dabei wird ersichtlich, dass nur 6 % der Exekutivmitglieder nicht länger als fünf Jahre in der Gemeinde leben. Über 47 % haben schon ihre Kindheit in der Gemeinde verbracht. Daraus lässt sich schliessen, dass das Interesse an Kommunalpolitik mit zunehmender Verwurzelung zunimmt und zu einem verstärkten Engagement führt.

Dies wird zusätzlich von der Tatsache unterstrichen, dass 86 % der Exekutivmitglieder in einem Eigenheim leben. Allerdings könnte dies auch auf das relativ hohe Einkommen der Amtsträger zurückzuführen sein.

Abbildung 2-1 Charakteristische Merkmale der Exekutivmitglieder



Ein weiteres wichtiges Merkmal der Exekutivmitglieder sind ihre Bildungsabschlüsse. Geht man davon aus, dass die Ansprüche an die Exekutivmitglieder stetig steigen, erstaunt es nicht, dass 22,4 % von ihnen einen Hochschulabschluss besitzen und nur 0,7 % keinen Berufsabschluss haben. Am stärksten vertreten sind Fachschulabschlüsse mit 39,8 % und Lehrabschlüsse mit 37,1%.

Eine zentrale Frage, die uns auch im weiteren Verlauf unserer Arbeit beschäftigen wird, ist jene der Alterstruktur von Exekutivmitgliedern. Mit 50 % am stärksten vertreten sind die 45-

60 Jährigen, gefolgt von den 30-45 Jährigen mit einem Anteil von 42%. Praktisch keine Rolle spielen die unter 30 Jährigen mit 2%. Betrachtet man die Alterstruktur gesplittet nach Bundesratsparteien, sind keine grossen Unterschiede zwischen diesen festzustellen. Einzig Ausnahme ist die CVP, ihre Exekutivmitglieder sind im Schnitt etwas jünger, was sich darin zeigt, dass 50 % in die Kategorie der 30-45 Jährigen fallen.

Bei den Berufsgruppen dominieren die leitenden Angestellten (vgl. Tabelle 2-1). Es folgen die Gewerbetreibenden mit 14 % vor den normal Angestellten mit 12%. Absolut keine Rolle spielen die Studenten, was darauf zurückzuführen ist, dass in jungen Jahren die Erfahrung fehlt, um ein solch anspruchsvolles Amt auszuüben. Eher erstaunlich ist, dass auch die Rentner mit 3 % kaum vertreten sind in den lokalen Exekutiven. Hätten sie doch neben der benötigten Erfahrung auch noch genügend Zeit, sich dieser Aufgabe zu widmen. Vielleicht fehlen hier die sozialen Netzwerke, welche in der Arbeitswelt bestehen, und eine allfällige Kandidatur unterstützen.

Allerdings bestehen innerhalb der verschiedenen Bundesratsparteien enorme Unterschiede in der Berufsstruktur, was zeigt, dass immer noch parteispezifische Herkunftsmilieus bestehen. So überwiegen bei der SVP die Bauern (28 %) und die Gewerbetreibenden (23 %).

Untervertreten sind die Freiberufler (3.2 %) und die normal Angestellten (7.2 %). Die SP beheimatet viele normale Angestellte (19 %), dafür ist sie in der Gruppe der Gewerbetreibenden (3.8 %) eher schwach vertreten. Obwohl sie bei den Arbeitern den Spitzenwert unter den vier Bundesratsparteien erreicht, erscheinen uns die 4 % doch eher tief für eine Partei, die sich auf ihre Fahnen geschrieben hat, die Arbeiterschaft zu vertreten. Die beiden Mitte-Parteien FDP und CVP entsprechen in ihrer Berufsstruktur ziemlich genau dem schweizerischen Durchschnitt.

Tabelle 2-1 Die Berufe der Exekutivmitglieder

	FDP	CVP	SVP	SP	Gesamt
Anderes	1%	1%	1%	4%	2%
Angestellte	10%	14%	7%	20%	13%
Arbeiter	1%	2%	2%	4%	2%
Bauern	5%	9%	29%	0%	10%
Beamte	4%	4%	4%	8%	5%
Freiberuflich	14%	10%	3%	6%	9%
Gewerbetreibende	16%	13%	23%	4%	14%
Hausfrauen	8%	8%	4%	9%	8%
Industrielle	3%	1%	0%	1%	2%
Lehrer	4%	5%	2%	14%	6%
leitende					
Angestellte	23%	22%	17%	17%	20%
Rentner	4%	2%	2%	5%	3%
Studenten	0%	0%	0%	1%	1%
Vollberuflich	6%	8%	4%	8%	6%

Zusammengefasst entsprechen die empirischen Resultate dem, was wir anhand der Elitetheorien erwartet hatten. Die meisten Exekutivmitglieder sind Männer zwischen 30 und 60 Jahren, genossen eine höhere Ausbildung und gehören zu den leitenden Angestellten. Sie unterscheiden sich in ihrer Sozialstruktur deutlich von den Normalbürgern. Obwohl der Zugang theoretisch offen für alle Bürger und Bürgerinnen wäre, scheint es einer bestimmten Gruppe offenbar besser zu gelingen, für dieses Amt gewählt zu werden.

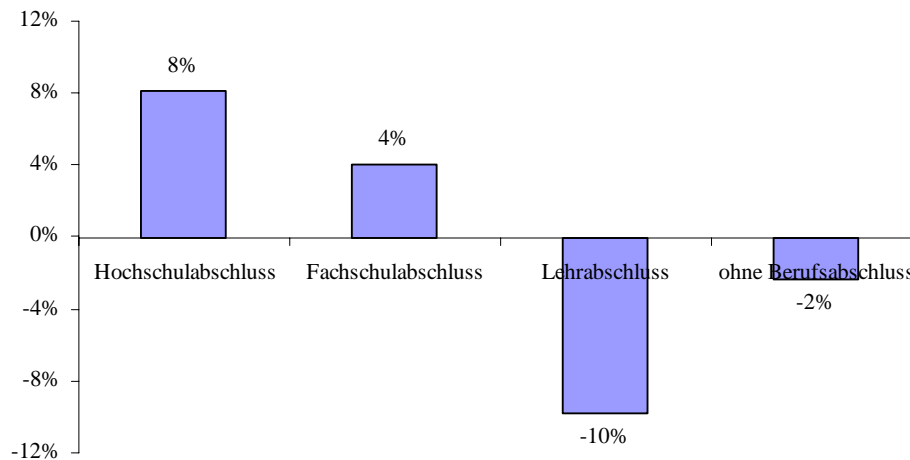
2.2.2. Wandel zwischen 1990 und 2002

In diesem Abschnitt wollen wir aufzeigen, welche Veränderungen bezüglich der Sozialstruktur der Gemeindeexekutivmitglieder zwischen 1990 und 2002 stattfanden. Am markantesten ist die Steigerung der Frauenquote von 11 % auf 25 %. Dies könnte darauf zurückgeführt werden, dass eine starke Frauenbewegung und der Modernisierungsprozess, gesellschaftliche Veränderungen hervorgebracht haben, die es Frauen zunehmend ermöglichen, in so genannten Männerdomänen aktiv zu werden. Die traditionelle

Rollenteilung wurde aufgebrochen, was den Frauen neue Türen eröffnete. Eine andere mögliche Erklärung ergibt sich aus dem Rekrutierungsproblem, welchem sich Parteien zurzeit ausgesetzt sehen. Stehen nicht genügend Kandidaten zur Verfügung, werden auch solche Personen nominiert, die nicht dem Profil entsprechen, welches wir von den Elitetheorien kennen. In diesem Sinn wären Frauen die Lückenfüller, da sich nicht mehr genügend Männer für dieses Amt zur Verfügung stellen.

Leute mit Hochschulabschluss und Fachschulabschluss finden immer stärkeren Zugang in die Gemeindeexekutiven (vgl. Abbildung 2-2). 2002 konnten 8 % mehr Exekutivmitglieder einen Hochschulabschluss vorweisen und knapp 4 % mehr einen Fachschulabschluss vorweisen als 1990. Dies geschah vor allem auf Kosten der Lehrabgänger, welche im selben Zeitraum einen Rückgang von 10 % zu verzeichnen haben. Dieser Trend entspricht einerseits den gestiegenen Anforderungen, die ein Amt in den Gemeindeexekutiven mit sich bringt, andererseits dem zunehmend höheren Bildungsstand der Bevölkerung.

Abbildung 2-2 Wandel in den Bildungsabschlüssen



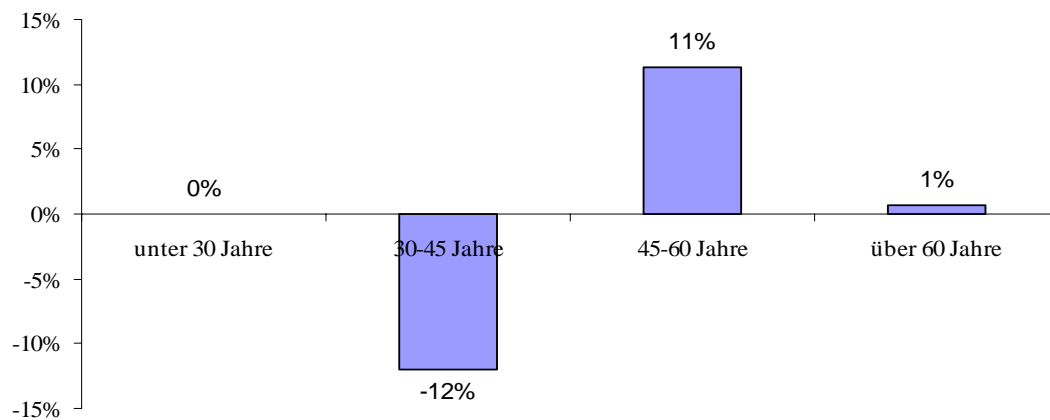
Betrachtet man den Wandel des Alters der Exekutivmitglieder, ist eine deutliche Verschiebung von den 30-45 zu den 45-60 Jährigen erkennbar (vgl. Abbildung 2-3). Die über 60 Jährigen stiegen kaum markant an, und die unter 30 Jährigen bleiben mit 2 % eine marginale Gruppe.

Die Tatsache, dass die Exekutivmitglieder in der Schweiz immer älter werden, könnte durch die allgemeine Alterung der Schweizer Wohnbevölkerung erklärt werden. Deshalb haben wir anhand der Daten im „Statistischen Lexikon der Schweiz“ nachgeprüft, ob die Schweizer

Bevölkerung im gleichen Masse gealtert ist. Erstaunlicherweise fanden wir im Zeitraum von 1997 bis 2002 keine entsprechende Veränderung in der Altersstruktur der Schweizer. Um die Frage abschliessend zu beantworten, müsste dieser Umstand genauer untersucht werden, was aber nicht Gegenstand dieser Seminararbeit ist.

Trotzdem folgern wir daraus, dass es andere Gründe geben muss, welche erklären, warum unsere Exekutiven langsam altern. Dieser Frage werden wir uns im nächsten Kapitel widmen.

Abbildung 2-3 Wandel in der Altersstruktur



Die Berufsstruktur hat sich bis auf wenige Ausnahmen kaum verändert. Einzig die Bauern und die Freiberuflichen sind mit 5,5 % respektive 3,5 % deutlich weniger vertreten als noch 1990.

3. Der Wandel der Parteien

3.1. Theoretische Überlegungen

Um den Wandel von Parteien erfassen zu können, wird in der Literatur auf die Typologien, welche auf unterschiedlichen Ebenen angesetzt sind, zurückgegriffen. Sie lassen sich nach von Beyme (vgl. von Beyme 2000: 24) in organisatorische Typologien, Typologien der Verbindungsglieder von Staat und Gesellschaft (linkages), Typologien der Ziele von Parteien und mehrdimensionalen Verlaufstypen unterscheiden. Für unsere Betrachtung eignen sich die organisatorische Betrachtung, welche den Organisationstyp mit dem Modus der Entstehung kombiniert, sowie vor allem die mehrdimensionalen Verlaufstypen der Parteien. Denn hierbei wird der jeweils vorherrschende Parteientyp diskutiert, welcher aus dem sich wandelnden Kräfteverhältnis im Dreieck von Parteiführung, organisierter Mitgliedschaft und Wählern bestimmt wird. Diese Perspektive veränderter Führungsstile und Organisationsmuster wird von verschiedensten Parteiethoretikern eingenommen (vgl. Duverger 1959, Kirchheimer 1965, Katz & Mair 1995), um die Entwicklungsstadien, welche die Parteien im 20. Jahrhundert durchlaufen haben, aufzuzeigen (vgl. Ladner 2003: 160). Dieser Abschnitt gibt einen kurzen Überblick der drei Stadien, wie sie den verschiedenen Zeitepochen zugeordnet werden. Ausgehend von der Überlegung, dass unterschiedliche gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen für Parteien, jeweils spezifische Organisationsleistungen abverlangen, und dass jeder Parteientyp den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen einer bestimmten Entwicklungsstufe moderner Gesellschaften gut entspricht. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass zu allen Zeiten neben vorherrschenden Parteitypen auch andere Parteiformen existierten, die entweder im Niedergang begriffen waren oder sich auf eine Wählerklientel spezialisiert haben.

(1) Führungsstile und klassische Parteienforschung gehen aus der industriegesellschaftlichen Umbruchsituation des späten 19. Jahrhunderts hervor. Die Zeit bis zur Universalisierung des Wahlrechts war geprägt von elitären Kaderparteien oder Honoratiorenparteien. Die Elitenparteien der alten politischen Klasse regierten auf der Basis von Besitz- und Erwerbsklassen: Parteien waren kaum mehr als lose geknüpfte Netzwerke von Honoratioren, wobei sich gesellschaftliche und politische Aktivitäten überschneiden. Es gab zwar in einigen Ländern bereits gut organisierte Massenparteien, wie die SPD und andere sozialistischen Parteien als Gegenpol, dennoch überwog Duvergers Typ der Kaderpartei bis 1920. Auch der

Schweizer Freisinn hat seine Monopolstellung des Liberalismus nach dem Sonderbundskrieg erlangt.

(2) Mit dem Zerfall des alten Honoratiorenkartells wurde die Vorherrschaft des bürgerlichen Lagers durchbrochen. Damals vollzog sich der Strukturwandel des im liberalen Honoratiorenparlamentarismus verankerten Parteiwesens zum modernen Parteiapparat des massendemokratischen Zeitalters.

Aus den Strukturverhältnissen der Honoratiorenherrschaft mit Klassenwahlrecht, einem organisatorisch nur lose erfassten Unterbau und nur zu Wahlzeiten tätig werdenden lokalen Wahlkomitees, entwickelt sich unter dem Wandel das Prinzip der Massenpartei. So wird die Forschung erstmals mit dem neuartigen Problem der Organisation von Parteien konfrontiert. Diese mit der Massendemokratisierung einhergehende Mobilisierung und Politisierung von breitesten Wählermassen erforderte eine personalstarke, über das ganze Land verteilte Organisationsform. Sie musste den Anforderungen des in alle Winkel hineingetragenen Wahlkampfes entsprechen. Dafür stellte die Massengesellschaft ein unerschöpfliches Reservoir an Ressourcen wie Humankapital, Freiwilligenarbeit und Gefolgschaft zur Verfügung, welches es zu rekrutieren galt.

Aus dieser organisationspolitischen Herausforderung ging die milieuorientierte Massenpartei hervor, welche ihre Mitglieder dauerhaft als mitarbeitwillige Gefolgsleute und Aktivisten an sich banden. Dieses unentgeltliche Engagement von Anhängern und Beitrittszahlern ermöglichte der Partei verstärkte Außenaktivitäten und bot ihren Mitgliedern eine politische Bestätigungs- und Mitwirkungsmöglichkeit, mit der sie weltanschaulich die Verheißung auf Gerechtigkeit und Verbesserung der gemeinsamen Lage verband.

Wenn man von Frühformen dieses durch die Ausweitung des Wahlrechts geförderten Demokratisierungsprozesses in den USA und in England zu Beginn des 19. Jahrhunderts absieht, wird dieser Wandel in Kontinentaleuropa im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wirksam. Erst die aus der Arbeiterbewegung hervorgehende und im nationalen Rahmen operierende sozialdemokratische Massenpartei leitet den Zug zum Massenparteialter ein. Ihr Organisationsmodell wird als Produkt der Arbeiterbewegung in den Rang eines Prototyps der modernen Massenpartei gehoben (vgl. Wiesendahl 1998). Alle Kräfte werden auf das gemeinsame Ziel gebündelt, so läuft die Massenpartei zum politischen Kraftzentrum mit seiner Wahlkampfmaschinerie auf. Die kollektive Bereitstellung von Ressourcen zur Durchsetzung politischer Ziel geschah entweder direkt durch die in territoriale Einheiten gegliederte Mitgliederorganisationen (Ortsvereinspartei) oder indirekt durch eine unterstützende Großorganisation (Gewerkschaften, Kirchen) (vgl. Duverger 1959). Zwei

zentrale Annahmen sind mit diesem Modell verknüpft: Einerseits erfüllt die Partei die institutionelle Voraussetzung für eine Demokratie und zweitens die notwendige Organisationsform bezüglich Wahlerfolge (vgl. Duverger 1959). Die in dieser Zeit vorherrschenden klassischen Theorien glaubten an die vollendete Einheit von Zweck, Struktur, Taktik und Aktion in Gestalt der durchrationalisierten Massenpartei. Aus heutiger Sicht gingen am Wahrnehmungshorizont der Klassiker Umwelteinflüsse oder -abhängigkeiten weitgehend vorbei, zumal sie sich Parteien als geschlossene Systeme vorstellten. Diese geschlossenen Massenparteien wurden relativ elitär geführt, waren geprägt von der Schärfe der Klassenkonflikte, so dass im parlamentarischen System kaum mehr als der nötige Minimalkonsens gebildet wurde. Dieser Prozess vollzog sich parallel zu einer Konsolidierung der Demokratien.

(3) Erst in den 60er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg spielt sich in der Parteienforschung ein Paradigmenwechsel ab, der eine andersgeartete Auffassung über die Organisationsstruktur und Funktionsweise von Parteien hervorbrachte. Die Grenzen zu diesem neuen Stadiotyp müssen offen gehalten werden, denn Parteitypen könne sich überlappen, und es wäre falsch davon auszugehen, dass sämtliche Parteien gleichzeitig dieselben Entwicklungen durchlaufen. Das Organisationsverständnis wird einem radikalen Neuinterpretations- und Modernisierungsprozess unterzogen. Für diese Veränderung lassen sich laut Wiesendahl (vgl. Wiesendahl 1998: 51) folgende Gründe anführen:

Zuerst sind die Gesellschaftsveränderungen zu nennen. Die Nachkriegsentwicklung hat nur noch sehr wenig mit der sozialrevolutionären Konfliktkonstellation des Kampfes um die politische Teilhabe und Integration der Arbeiterbewegung und des Katholizismus der Jahrhundertwende zu tun. Mit der wirtschaftlichen Prosperität und stetigen Wohlstandssteigerung wurde die durch die industrielle Klassengesellschaft aufgeworfene soziale Frage entschärft. Der Kapitalismus wurde durch die sozialstaatlichen Leistungssysteme sozial abgefedert und schien so alle Klassen und Schichten an den Früchten des Wohlstands teilhaben zu lassen. Soziologisch wurde dem Strukturwandel durch das pluralistische Gesellschaftsmodell Rechnung getragen. Jenem lag die Erwartung zugrunde, dass die Gesellschaft in einer liberaldemokratisch verfassten, konsum- und wohlstandsgeprägten, fortgeschrittenen Industriegesellschaft aufgehen würde. Allerdings schlugen die nationalen Parteiensysteme höchst unterschiedliche und eigenständige Entwicklungspfade ein, welche aber nicht den Prophezeiungen Duvergers (vgl. Duverger 1959) einer allgemeinen Linksdriftung der Nachkriegssysteme entsprachen. Denn in

der zweiten Hälfte der 50er Jahre vollzog sich in den meisten europäischen Ländern ein Modernisierungsschub, der den Erosionsprozess der Subkulturen auf der Basis scharfer Klassengegensätze (vgl. von Beyme 2000: 41) förderte. Anstelle weltanschaulich determinierter Auseinandersetzungen über die (Um)verteilung gesellschaftlicher Güter, rückten nun Fragen des effizienten Managements des Wirtschafts- und Sozialsystems in den Vordergrund. Im Zentrum stand nicht mehr der Streit um die Verteilung knapper Güter, denn den konkurrierenden Parteien ging es zunehmend darum, wer am besten in der Lage sei, eine stabile Lage zu gewährleisten, von der letztlich alle Bürger profitieren würden, Voraussetzung der Entwicklung der Volksparteien war nach dem zweiten Weltkrieg die Erhebung der Parteien in den Verfassungsrang. Diese Konstitutionalisierung verlangte eine Demokratisierung im Innenverhältnis der Parteien.

So kam es zu der Entwicklung von Volksparteien, ein Begriff, welcher nach Kirchheimer (vgl. Kirchheimer 1965) einen Untergang der Ideologie, eine Stärkung der Führung sowie Schwächung der Mitgliedschaft und vor allem die Öffnung der Parteien zu einer größeren Anzahl von Interessengruppen umfasst. Kirchheimer stilisierte diese Entwicklung zu einem Trend zur „Catch-All“ Partei, übersetzt mit Allerweltpartei oder Volkspartei, und prophezeite, dass die Logik des Stimmenwettbewerbes die Konkurrenz zwischen politischen Ideologien verdrängen werde. Parteien würden zunehmend ihre Bindung an klar definierte soziale Interessen zugunsten des Versuches aufgeben, durch allgemein gehaltene politische Programme möglichst viele Wähler aus unterschiedlichen sozialen Gruppen zu gewinnen. Gleichzeitig verlören Parteien ihren integrierenden Charakter als politische Heimat ihrer Mitglieder, offen für politisch Interessierte mit sehr unterschiedlicher Herkunft. Mit dem von Kirchheimer vermuteten Trend zu Catch-All Parteien haben sich seit seiner Formulierung diverse Autoren kritisch auseinandergesetzt und in empirischen Studien überprüft. Vor allem hinsichtlich ihrer zunehmenden weltanschaulichen Beliebigkeit und abnehmenden Integrationsfunktion hat Kirchheimer grundlegende Änderungen politischer Parteien treffend beschrieben. Allerdings zeigt gerade der Erfolg der Grünen eine gegenläufige Entwicklung auf (vgl. Alemann 2000, Wolinetz 1990).

Der von Kirchheimer beschriebene Prozess der Entideologisierung und die von Panebianco 1988 beschriebene Entwicklung zur professionalisierten Wählerpartei sowie deren deutlich schwächer werdende soziale Verankerung (vgl. Katz 1990) haben zu der Annahme geführt, Parteien könnten sich einhergehend mit einer zunehmenden Professionalisierung zu quasi-staatlichen Organisationen entwickeln (vgl. Poguntke 2003), indem sie sich bei der Suche

nach Ressourcen nach außen an der Wählerschaft, am Staat, Interessenverbänden etc. orientiert. In diesem Sinn formulierten Katz & Mair (vgl. Katz & Mair 1995) die These vom Trend zur Herausbildung von Kartellparteien, welche sich zunehmend auf staatliche Alimentierung verlassen. Sie begrenzen den Wettbewerb untereinander, da sie zu Anbietern meist nur noch marginal variierender politischer Programme werden. Seit es Ende der 70er Jahre zur Herausbildung neuer Milieus kam, geht es den Parteien um die Durchsetzung von fragmentierten policies, sie führen kapitalintensive, professionalisierte Kampagnen und werden zu Unternehmern mit staatlicher Risikoabsicherung (vgl. von Beyme 2000). Parteimitglieder werden zunehmend funktionslos, was in den zahlenmäßig schwächer werdenden Mitgliederorganisationen und dem Parteipolitiker als Karriereberuf zum Ausdruck kommt. Die Verfasser dieser These diagnostizieren eine Schwächung der gesellschaftlichen Verankerung politischer Parteien einhergehend mit einer zunehmend professionell geführten Organisation mit Charakteristiken einer Unternehmung. Mitglieder und Anhänger verlieren an Bedeutung, da Parteiführer Unterstützung bei der Wählerschaft suchen, weil sie sich nun ihnen zu verantworten haben, im Kampf der Stimmenmaximierung. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungslinien lässt sich die rückläufige Mitgliederzahl und damit verbundenen Rekrutierungsprobleme von Parteien nachvollziehen. Und es erstaunt nicht, dass die Organisation wieder stärker ins Blickfeld rückte bei den Typologien der Party-Change Literatur. Jene konzentrierte sich auf die organisatorische Beziehung von Parteieliten, Parteiorganisation und Wählergefolgschaft und betrachtete den Mitgliederschwund, staatliche Subventionierung der Parteiorganisation und die Professionalisierung der Parteiführung. Diese Merkmale stehen nun im Zentrum der Parteiwandel-Forschung (vgl. von Beyme 2000), bei der Untersuchung der besagten Veränderung von Mitgliederparteien zu Wählerparteien oder „Cartel Parties“.

3.2. Parteien und ihre Mitglieder: Rekrutierungsprobleme

Die Parteiorganisation kam wieder stärker ins Blickfeld, seit ein Abbau der scheinbar verfestigten und eingefrorenen „Cleavages“ (vgl. Rokkan 2000) -dies sind grundlegende gesellschaftliche Spaltungen- festgestellt werden kann. Der Organisationsform kommt eine Schlüsselrolle zu bei der Analyse des beobachtbaren Mitgliederrückgangs der traditionellen Parteien.

Neben der im oberen Abschnitt beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen der Makroebene, werden noch andere Erklärungen für die beklagte Erosion herangezogen; welche sich auf der Mikroebene, also beim einzelnen Individuum abspielen. Es muss immer gefragt

werden, welcher Nutzen eine Mitgliedschaft nicht nur der Partei, sondern auch den einzelnen Mitgliedern bringen (vgl. Scarrow 1994). Denn Parteien haben im Gegensatz zu Interessengruppen kaum positive oder negative Sanktionen in der Hand, um Angehörige von Zielgruppen zum Beitritt zu bewegen. Dennoch ergeben sich unterschiedliche Anreize auf der Seite der Mitglieder, also der Nachfrager, einer Partei beizutreten (vgl. Ware zit. nach Zimmermann 2002: 4):

- Materielle Anreize
- Solidaritätsanreize
- Zielorientierte Anreize

Unter dem Solidaritätsnutzen wird ein kollektiver Nutzen verstanden, und zielorientiert sind diejenigen Mitglieder, welche sich wegen einer Ideologie oder einem Parteiprogramm für einen Beitritt entscheiden. Ob die potentiellen Anhänger nun einer dieser Anreize wahrnehmen können, ob ihre Bereitschaft mobilisiert wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Gemäß von Beyme (vgl. von Beyme 200: 109) sind folgende die wichtigsten:

Die Binnenstruktur: Das sind innerorganisatorische Strukturmerkmale in Verbindung mit einer Ideologie, welche die Wahl des Organisationstyps mitbeeinflussen. Sowohl der strukturelle Aufbau einer Partei, aber auch die Stärke der Ideologie modifizieren die Anzahl Mitglieder. Traditionell ist die Mitgliederanzahl bei ideologisierten, straff geführten Weltanschauungsparteien und solchen mit korporativen Strukturen und kollektiven Mitgliedschaften von Gewerkschaften höher als in jenen mit pragmatischen Programmen.

Der ideologische Faktor erklärte in Europa einen großen Teil der Fluktuation der Parteimitgliedschaft, da linke Parteien generell einen höheren Organisationsgrad aufweisen als bürgerliche Parteien. Aber generell auch überall dort, wo sich gewisse Gruppen als Minderheiten fühlten wie die Katholiken in einigen Ländern, wo christdemokratische Parteien in Bezug auf ihre Mitglieder an die Sozialisten herankamen. Ideologische Motivationen zeigen sich auch anhand vieler Beispiele bei demokratischen Neuanfängen und auch bei bürgerlichen Parteien, sobald sie in der Opposition sind, was ebenfalls einen ideologisch motivierten Auftrieb gab.

Wirtschaftliche Schwankungen haben einen Einfluss auf den Gewerkschaftsbereich und damit auf gewerkschaftsnahe Arbeiterparteien und Wirtschaftskrisen können im Zusammenhang mit dem Wachsen von faschistischen Parteien gesehen werden. Allerdings darf der wirtschaftliche Faktor nicht als Erklärungsgröße für die Mitgliederentwicklung aller ideologischer Familien

herangezogen werden, und obwohl die Wirtschaftskrise neben dem Aufkommen der faschistischen Parteien in Europa nach dem Ersten Weltkrieg ein Anwachsen der NPD Ende der sechziger Jahre in Deutschland mitbedingte, lassen sich keine Verallgemeinerungen daraus ableiten. Denn die späteren konjunkturellen Krisen 1973 und 1980 hat bei den westdeutschen Wählern nicht dieselben rechtsextremistischen Verhaltensweisen hervorgerufen.

Es hängt also neben dem Interesse von Parteien in Bezug auf die Rekrutierung und Notwendigkeit von Mitgliedern auch von gesellschaftlichen Bedingungen ab, ob eine Mitgliedschaft und das Engagement innerhalb einer Partei als traditionelle Form der politischen Partizipation von den Bürgern und Bürgerinnen wahrgenommen wird. Als Ursachen für die aktuell festgestellte abnehmende Parteienloyalität werden in der Fachliteratur der Wertewandel (vgl. Imhof 1996) und das mit ihm verbundene Aufkommen neuer politischer Themenbereiche, aber auch die gestiegene kognitive Fähigkeit der Individuen genannt. Der letztgenannte Aspekt geht davon aus, dass der Parteinutzen im Sinne einer Orientierungshilfe dadurch vermindert wurde.

Die international vergleichende Forschung zeigt auf, dass heute ein allgemeiner Trend der westlichen Demokratien zur Abnahme sowohl zur Anzahl von Parteien, als auch von der Höhe ihrer Mitglieder besteht (vgl. Katz & Mair et al. 1992a, Katz & Mair 1992b; Mair & van Biezen 2001, Scarrow 2000). Durch das umfangreiche Datenmaterial einer koordinierten 12-Länder Studie, lässt sich diese behauptete Erosion der Parteimitgliedererosion mittlerweile empirisch belegen. Denn die Datenbasis dieser Forschergruppe dokumentiert alle relevanten Parteien in 11 europäischen Ländern und in den USA zwischen 1960 und 1990. Darauf aufbauend wurde die Studie weitergeführt, und der Zeitraum zwischen 1980-2000 in Bezug auf die absolute Mitgliederzahl der Parteien, sowie das Verhältnis von Mitgliedern und gewählten Volksvertretern ausgewertet (vgl. Mair & van Biezen 2001). Die Daten der zwanzig europäischen Demokratien zeigen, dass fast bei allen Ländern dieses Verhältnis seit 1980 stark abgenommen hat. Ausnahmen bilden die jüngeren Demokratien Griechenland, Ungarn, die Slowakei und Spanien. Nimmt man die 13 lang etablierten Demokratien, zeichnet sich ein Abwärtstrend von durchschnittlich 4% ab.

Noch extremer präsentieren die Daten die Abnahme der absoluten Mitgliederzahl. Während die Beobachtungen von Katz et al. (1992: 332-333) der frühen 60er Jahre bis Ende der 80er Jahre keinen europaweiten Abwärtstrend von Mitgliederzahlen feststellte, hat sich dieses Bild

heute total geändert. In jeder etablierten Demokratie ist die Mitgliederzahl gesunken, teilweise sogar massiv. In Frankreich beispielsweise ist sie um eine Million gesunken, beträgt somit 1999 im Vergleich zu 1980 nur noch zwei Drittel. Sowohl in Italien als auch in England hat sich die Zahl um 50% verringert. Die einzige Ausnahme bildet Deutschland mit einer Abnahme von weniger als 20%, was allerdings auch auf neue Mitglieder der ehemaligen DDR zurückgeführt werden muss. Im Durchschnitt weist die Abnahme in den 13 Ländern 35% auf. Beachtet werden sollte nicht nur die Abnahme, sondern ebenfalls die Regelmäßigkeit, mit welcher sich die Mitgliederzahlen verringern. Konnte 1980 nur eine Abnahme der Verhältniszahl von Mitgliedern und gewählten Volksvertretern festgestellt werden, so manifestiert sich dies Abnahme Ende der 90er Jahre ebenfalls in der absoluten Mitgliederzahl. Parteien der westlichen Demokratien verlieren ihre Kapazität, die Bürger so zu engagieren, wie dies zur Zeit der Massenpartien der Fall war. Diese Entwicklung lässt sich auch bei anderen institutionalisierten Organisation wie Kirchen oder Gewerkschaften beobachten.

Obwohl es in der Schweiz bezüglich der Mitgliederzahlen nur wenige verlässliche Angaben gibt (vgl. Ladner 2002), was Ladner darauf zurückführt, dass das Mitgliederprinzip bei den bürgerlichen Parteien relativ spät und nicht vollständig umgesetzt wurde, bestehen empirische Untersuchungen. Oft sind die Autoren allerdings gezwungen, sich ausgehend von diesen Zahlen auf Schätzungen und Hochrechnungen zu berufen. Die 1997 erhobene Befragung von Kantonsparteien ergab, dass die absolute Mitgliederzahl in den 90er Jahren insgesamt wohl eher und in Relation zu den Stimmberechtigten auf jeden Fall rückläufig ist (vgl. Ladner & Brändle 2001). Laut den Angaben der Parteien weisen sie Mitte der 1990er Jahre 400'000 Mitglieder auf, was der Anzahl im Jahre 1970 entspricht. Denn während diesen 20 Jahren hat sich die Anzahl Stimmberechtigter um 900'000 vergrößert. Dieses Resultat wurde von den Erhebungen Claude Longchamps (zit. nach Ladner 2002: 20) bestätigt, da sich laut seinen Angaben der Anteil der Parteimitglieder unter den Wahlberechtigten von 1983 bis 1994 von 18% auf 12% zurückgebildet habe.

Die ersten Ergebnisse vom Forscherteam des von uns verwendeten Datensatzes zeigen die zahlenmäßige Entwicklung sowohl der Anhängerschaft als auch den Parteiaktiven (vgl. Geser et al. 2003: 12ff). Bei den Lokalparteien ist die Anhängerschaft seit 1990 mehr oder weniger stabil geblieben, was sicherlich dem Frauenzuwachs und dem Wachstum der SVP zu verdanken ist. Problematischer wird es bei den Parteiaktiven, da ihre Mitarbeit für das Funktionieren der Parteien von größerer Bedeutung ist. Nur gerade ein Fünftel der Lokalsektionen hat einen Zuwachs zu verzeichnen, während ein Drittel sich mit einer

Abnahme abfinden muss. Markant ist hierbei wie bei der Anhängerschaft das Männerproblem, da sich bei 40% der Parteien die Anzahl männlicher Parteiaktiver verringert. Zudem leiden sie an einer zunehmenden Überalterung. Während 1990 noch deutlich über 30% der Anhängerschaft unter 40 Jahre alt war, sind es heute gerade noch 27.6%. Bei den Bundesratsparteien sind die Nachwuchsprobleme besonders stark. Angesichts dieser aktuellen Zahlen und der theoretischen Annahmen hin zum Trend eines wählerorientierten Parteityps, vermuten wir, dass sich diese Rekrutierungsprobleme auch bei der Kandidatensuche für Exekutivmandate abzeichnen. Dies auch angesichts der Tatsache, dass die zeitliche und politische Beanspruchung dieses Amtes zugenommen hat, vor allem gerade bei kleineren Gemeinden, die voll auf dem Milizprinzip basieren (vgl. Höpflinger 1996). Da die Bereitschaft, sich in einer Partei zu engagieren allgemein zurückgegangen ist, wollen wir im Folgenden überprüfen, ob sich die Suche nach geeigneten Kandidaten schwieriger gestaltet als früher und formulieren folgende Hypothese.

H1: Die Kandidatensuche ist seit 1990 schwieriger geworden.

Dass die Überalterung auch bei der Exekutive stattgefunden hat, haben wir bereits im ersten empirischen Teil unserer Arbeit festgestellt. Interessant ist nun die Überprüfung, ob ein Zusammenhang zwischen dieser Überalterung und dem bekundeten Rekrutierungsproblem besteht. Das würde bedeuten, dass die abnehmende Parteiidentifikation gerade bei jüngeren Leuten auch darin zum Ausdruck kommt, dass sie sich nicht mehr für dieses Amt zur Verfügung stellen. In Gemeinden, wo die Rekrutierungsprobleme größer sind, müsste dieser Effekt stärker ausfallen. Wir untersuchen deshalb folgende Hypothese:

H2: Es besteht ein positiver Zusammenhang zwischen dem Rekrutierungsproblem und dem Alter der Exekutivmitglieder.

3.3. Empirische Überprüfung der Hypothesen

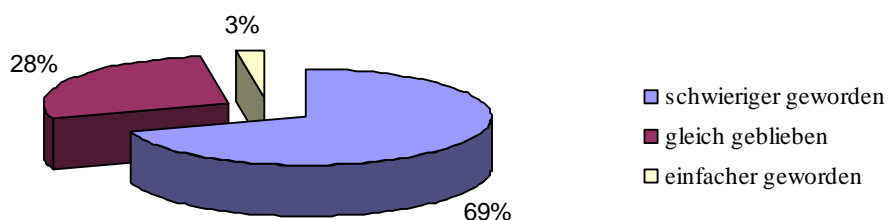
Im Fragebogen 2002 wurden die lokalen Parteien gefragt, ob es in den letzten Jahren schwieriger geworden sei, Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeindeexekutive zu finden.

Für mehr als 2/3 der Befragten hat sich die Situation verschlechtert und es ist schwieriger geworden, die entsprechenden Kandidaten und Kandidatinnen für die Gemeindeexekutive zu finden (vgl. Abbildung 3-1).

Dieser Trend bestätigt auch ein Vergleich der beiden Umfragen von 1990 und 2002. Auf die Frage, wie viele Kandidaten und Kandidatinnen normalerweise für die Gemeindeexekutive zur Verfügung stehen, antworteten 1990 noch 45 % der Lokalparteien, sie hätten zu wenig fähige Kandidaten. Dieser Prozentsatz stieg im Jahre 2002 um 7 % auf 52 %.

Auch die dritte Frage, die sich mit der Thematik der Rekrutierung von Exekutivmitgliedern auseinandersetzt, zeigt, dass dies ein Problem für die Parteien darstellt. Von den 333 lokalen Parteien, dieangaben, am letzten Wahlgang für die Gemeindeexekutive nicht mit einem eigenen Kandidaten beteiligt gewesen zu sein, begründeten dies 172 damit, dass sie keinen Kandidaten gefunden hätten.

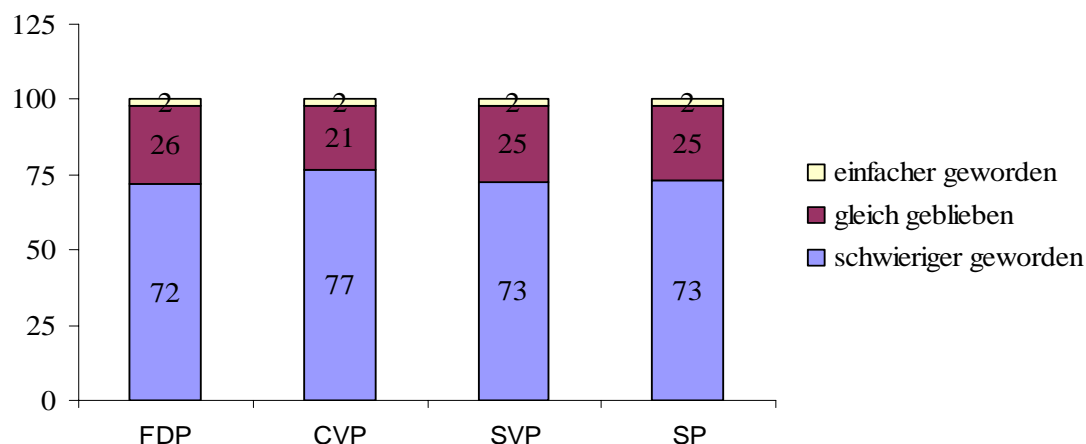
Abbildung 3-1 Ist es schwieriger geworden Kandidaten zu finden



Im Weiteren wollen wir untersuchen, ob die Verteilung „Ist es schwieriger geworden Kandidaten zu finden?“ bei den Bundesratsparteien signifikant verschieden ist. Dazu berechnen wir eine Kreuztabelle und den entsprechenden Chi-Quadrat-Test (vgl. Backhaus et al. 1996: 166 ff). Wie in Abbildung 3-2 ersichtlich ist, wurde es für alle Parteien schwieriger

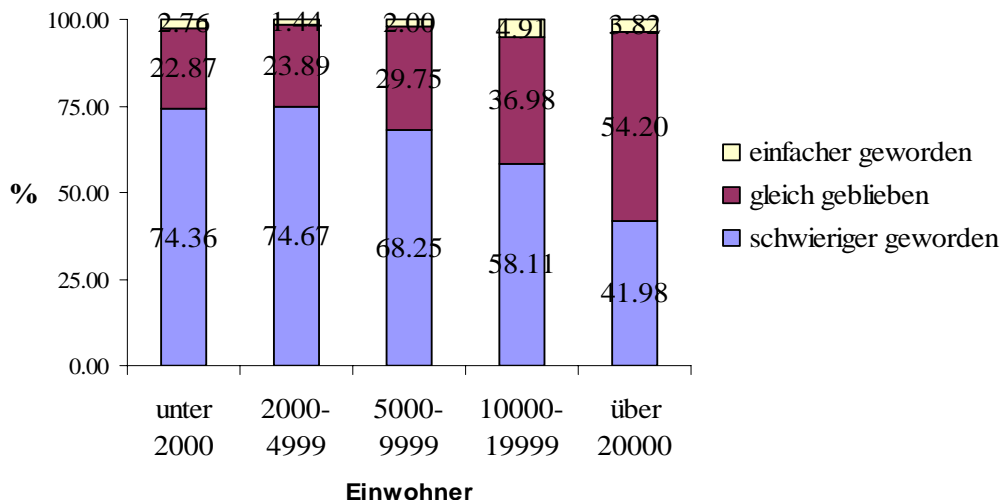
die entsprechen Personen zu finden. Es konnte kein signifikanter Unterschied zwischen den Parteien gefunden werden.

Abbildung 3-2 Ist es schwieriger geworden Kandidaten zu finden nach Parteien



Differenzieren wir nach Gemeindegrössen, wird ersichtlich, dass die Problematik in kleinen Gemeinden ausgeprägter ist als in bevölkerungsreichen Gemeinden. (vgl. Abbildung 3-3). Liegt die Zustimmung bei Städten mit über 20'000 Einwohner bei 42 %, steigt sie mit sinkender Gemeindegrösse auf über 70 %. Der Chi-Quadrat Test ergibt einen Wert von 90 (bei 8 Freiheitsgraden). Somit kann die Nullhypothese, dass die Variablen nicht unabhängig sind mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von kleiner als 5 % abgelehnt werden.

Abbildung 3-3 Ist es schwieriger geworden Kandidaten zu finden nach Einwohnerzahl

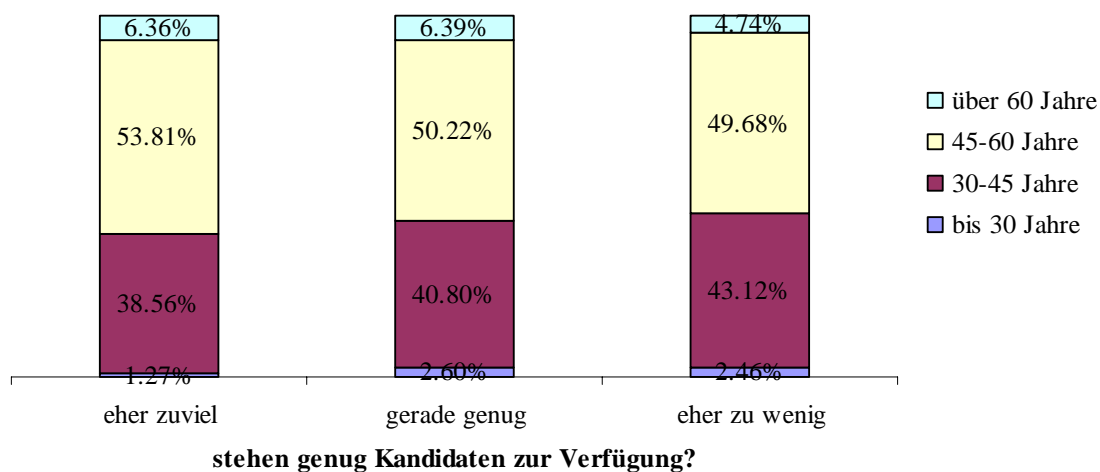


Unsere Hypothese, dass die Kandidatensuche seit 1990 schwieriger geworden ist, kann somit nicht abgelehnt werden. Es bleibt aber zu berücksichtigen, dass die Gemeindegrösse entscheidend ist über das Ausmass der Problematik. Keine Rolle spielt die Parteizugehörigkeit.

Eine Folge des Rekrutierungsproblems könnte die Überalterung der lokalen Exekutiven sein, welche wir in Kapitel 2 festgestellt haben. Diesen Zusammenhang prüfen wir, indem wir kontrollieren, ob sich die Alterstruktur unterscheidet, wenn wir sie nach der Frage 47 „Wie viele Kandidaten stehen für die Wahlen in die Gemeindeexekutiven zur Verfügung“ differenzieren.

Wie in der Abbildung 3-4 ersichtlich wird, ist kein positiver Zusammenhang zwischen dem Rekrutierungsproblem und Alterstruktur der Exekutivmitglieder festzustellen. Es scheint eher der umgekehrte Fall vorzuliegen. Bei Lokalparteien, die einen Überfluss an Kandidaten haben, machen die 45-60 Jährigen 53.81 % aus und die 30-45 Jährigen haben einen Anteil von 38,56 %. Demgegenüber stehen die Lokalparteien, welche Mühe haben entsprechende Kandidaten zu finden. Bei ihnen sinkt der Anteil der 45-60 Jährigen zugunsten der 30-45 Jährigen auf knapp 50 %. Die beiden Randkategorien sind nicht relevant.

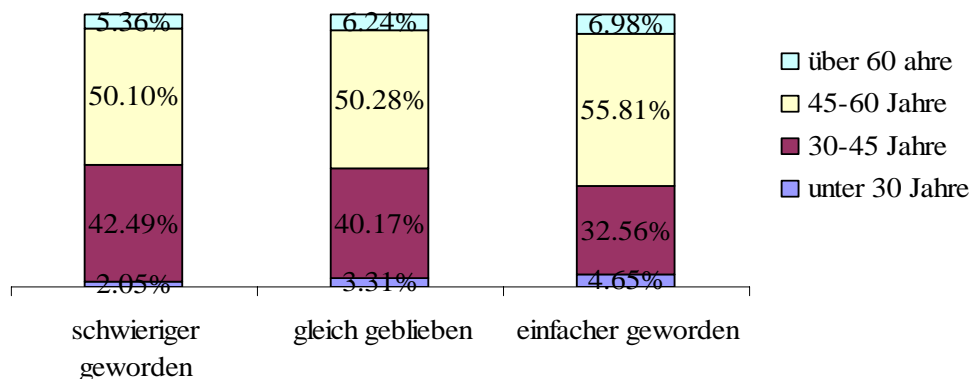
Abbildung 3-4 Altersstruktur nach genügend Kandidaten



Zur Überprüfung der Ergebnisse differenzieren wir die Altersstruktur noch nach der Frage 48 „Ist es schwieriger geworden Kandidaten für die Gemeindeexekutive zu finden“. Wir erwarten nun, im Gegensatz zu unserer ursprünglichen Hypothese, dass Lokalparteien für die es schwieriger geworden ist, Kandidaten zu finden, eher jüngere Exekutivmitglieder haben als die restlichen.

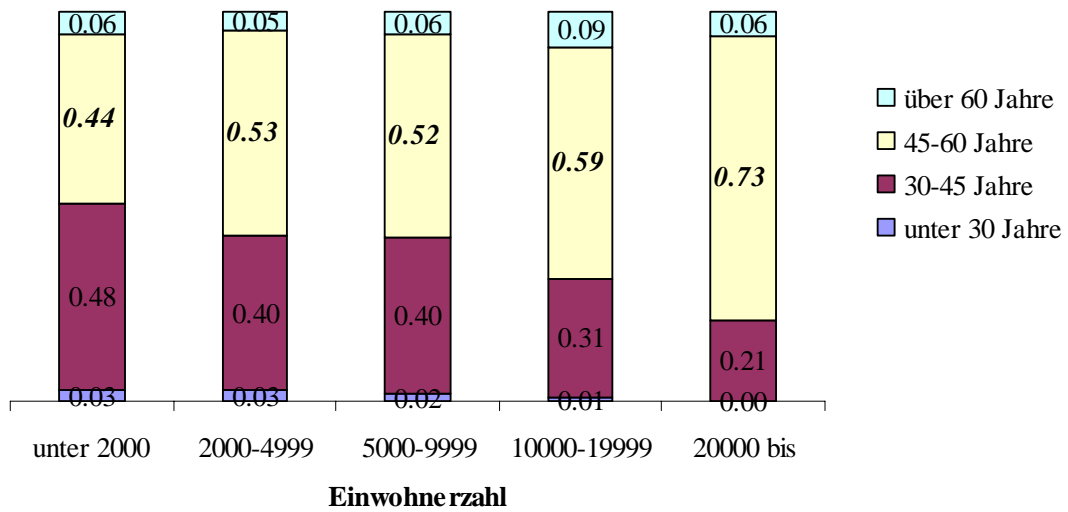
Vergleichen wir die Resultate in Abbildung 3-5 wird unsere Vorahnung bestätigt. Bei den Lokalparteien, die angaben, es sei in letzter Zeit einfacher geworden Exekutivmitglieder zu finden, ist die Altersklasse der 45-60 Jährigen mit 56 % vertreten und die 30-45 Jährigen mit 33 %. Im Gegensatz dazu stehen die restlichen Lokalparteien, die vor allem einen erheblich höheren Anteil der 30-45 jährigen haben. Was bei der Interpretation dieses Ergebnisses berücksichtigt werden muss, ist die geringe Anzahl der Fälle (33) für die Kategorie „Es ist einfacher geworden“. Dies hängt damit zusammen, dass insgesamt nur 3 % der Lokalparteien angaben, es sei leichter geworden entsprechende Personen zu finden (vgl. Abbildung 3-1)

Abbildung 3-5 Altersstruktur nach ist es schwieriger geworden Kandidaten zu finden



Unsere Ausgangshypothese kann somit nicht bestätigt werden. Das Rekrutierungsproblem scheint keinen positiven Zusammenhang mit der Überalterung der lokalen Eliten zu haben. Falls überhaupt ein Zusammenhang besteht, scheint dieser in die andere Richtung zu laufen. Dort wo die Parteien eine genügend grosse Auswahl an fähigen Kandidaten finden, werden eher die älteren nominiert. Dies entspricht etwa dem, was anhand des optimalen Profils gemäss den Elitetheorien erwartet werden kann. Damit kann auch der Umstand erklärt werden, dass in den Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern das Durchschnittsalter der Exekutivmitglieder um einiges höher ist als in kleineren Gemeinden (vgl. Abbildung 3-6). In kleineren Gemeinden fehlt die Auswahl an fähigen Kandidaten, deshalb ist man froh, wenn jemand das Amt ausführt, auch wenn er nicht dem gewünschten Profil entspricht.

Abbildung 3-6 Altersstruktur nach Einwohnerzahl



4. Schlusswort

Bei der Betrachtung der aus den Lokalparteien hervorgehenden Exekutivmitglieder haben wir versucht, die Dimension des Wandels der Parteiorganisationen in Form von Mitgliederparteien hin zu professionellen Wählerparteien nicht aus den Augen zu verlieren. Denn da uns nur Daten der aus Parteien rekrutierten Exekutivmitglieder zur Verfügung standen, schien es uns sinnvoll, sie als Elite der Parteien zu verstehen. In diesem Sinn bilden sie die oberste Spitze von Parteien; und uns interessierte, ob die Entwicklung, welche von den Parteien in Bezug auf ihre Mitglieder und Anhänger stattfindet, auch auf sie zutrifft.

Den Ausgangspunkt für den ersten Teil unserer Arbeit bilden die soziodemographischen Merkmale der betrachteten Mandatsträger. Es ging uns darum aufzuzeigen, ob sie in Bezug auf die gängigen Merkmale der Elitetheorien eine homogene Gruppe darstellen, oder ob sie als Repräsentanten der ganzen Gesellschaft ebenso verschieden sind. Die Ergebnisse bestätigten, was bereits in anderen Ländern und bei den nationalen Eliten festgestellt wurde. Die Mehrheit der Exekutivmitglieder in Schweizer Gemeinden ist männlich, sie sind überdurchschnittlich ausgebildet. Allerdings hat der Frauenanteil in den letzten zehn Jahren um 14 % zugenommen. Die im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt relativ hohen Bildungsabschlüsse erstaunen nicht, wenn man bedenkt, dass die Ansprüche an dieses Amt ständig gewachsen sind. Vor allem in kleinen Gemeinden, die voll auf dem Milizprinzip basieren, darf die zeitliche Beanspruchung und die komplexer werdenden Politikfelder nicht unterschätzt werden. Als wichtig für die Tätigkeit in einer lokalen Exekutive wird sicher auch eine gewisse politische Erfahrung erachtet. Dies erklärt zum Teil die starke Vertretung der 45 bis 60 jährigen in den Gemeindeexekutiven.

Angesichts der in Bezug auf das Alter festgestellten Entwicklung stellt sich die Frage, ob dieser Trend, dass das Amt zunehmend von reiferen Trägern besetzt wird, im Zusammenhang steht mit der beklagten Erosion der traditionellen Parteien. Viele politische Parteien kämpfen mit einem Verlust der Mitglieder und der aktiven Anhänger. Vor allem die damit einhergehende Überalterung zeigt, dass das Interesse jüngerer Generationen an der Parteipolitik nachgelassen hat, und sie ihr Engagement eher über das Führen von Diskussionen, ausgefallenen Aktionen oder als Teilnehmer der neuen sozialen Bewegungen definieren. Deshalb ist die von Seiten der Parteien geäußerte Angst, den Anschluss an die politische Partizipation dieser Zielgruppe zu verlieren, nicht unbegründet. Und damit

verbinden sie die Frage, ob sich in Zukunft noch genügend Kandidaten für politische Ämter zur Verfügung stellen werden. Unsere Vermutung, dass die Lokalparteien ein zunehmendes Rekrutierungsproblem in Bezug auf Exekutivmitglieder haben, hat sich bestätigt. So ist für 69 % der Lokalparteien die Kandidatensuche schwieriger geworden. Die Auswirkungen der abnehmenden Parteiidentifikation sind also auch auf dieser Ebene spürbar.

Allerdings ist es schwierig zu beurteilen, ob das bekundete Rekrutierungsproblem, mit dem die Parteien zu kämpfen haben, gleichzeitig ein Nachwuchsproblem ist, und so ein Erklärungsfaktor der Überalterung wäre. Würden uns Angaben über Kandidaten, die sich für das Amt zur Verfügung gestellt haben, aber nicht gewählt wurden, oder über parteilose Exekutivmitglieder vorliegen, könnten weitere Aussagen getroffen werden. Unsere Hypothese bezüglich des positiven Zusammenhangs zwischen dem Rekrutierungsproblems und dem zunehmenden Alter der Exekutive konnte nicht bestätigt werden. Falls überhaupt ein Zusammenhang besteht, hat das Rekrutierungsproblem eher eine relative Verjüngung zur Folge. Was bedeuten würde, dass sie mangels geeigneter Kandidaten eher auf Personen zurückgreifen, die nicht dem gewünschten Profil entsprechen. Dies würde erklären, warum in den Städten das durchschnittliche Alter der Exekutivmitglieder höher ist als in bevölkerungsarmen Gemeinden, in welchen das Rekrutierungsproblem größer ist.

Die Aufteilung nach Gemeindegröße zeigt, dass in der Schweiz auch die Lokalparteien keine homogenen Gebilde darstellen. Denn bisher wurde festgehalten, dass bei der Analyse der Entwicklung von Mitgliederparteien hin zum neuen Parteientyp der professionell geführten Wählerparteien, unseren drei politischen Ebenen eine große Bedeutung zukommt. Betrachtet man nun die kommunale dieser Ebenen, bestehen innerhalb jener ebenfalls Unterschiede. Es ist denkbar, dass der Trend hin zur Wählerpartei eher den Parteien der Städte entspricht, wo die Modernisierung weiter vorangeschritten ist und die nötigen Ressourcen mobilisiert werden können; nicht zuletzt weil dort, das mit Macht und Prestige verbundene Amt für zusätzliche Anreize sorgt. Demgegenüber macht sich in kleinen und mittleren Gemeinden zwar die Abnahme der Mitgliederbindung bemerkbar, aber es fehlen die Indikatoren des neuen Parteientyps wie qualifizierten Berufspolitiker ebenso wie der Zugang zu externen Ressourcen von Staat oder der Lobby von Interessenverbänden sowie die Nähe zum Staat. Um dies besser beurteilen zu können, müssten nun zusätzliche Merkmale untersucht werden, denn wir haben uns auf das Alter und Rekrutierungsprobleme beschränkt.

Der Wandel hin zu älteren Exekutivmitgliedern könnte dort, wo die Partei eher dem Typus der „Cartel Party“ entspricht, auf eine höhere Eintrittsbarriere zurückzuführen sein und nicht auf das Rekrutierungsproblem, während bei kleinen Lokalparteien der Zugang -mangels Kandidaten- neuen Gruppen, welche nicht die gängigen Elitenmerkmale aufweisen, eröffnet wird. Die kleinen Lokalparteien verfügen nicht über externe Ressourcen und sind daher nach wie vor stark auf die Mitarbeit ihrer Anhänger angewiesen.

5. Literaturverzeichnis

Alemann, Ulrich von (2000) *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.

Backhaus, Klaus et al. (1996) *Multivariate Analysemethoden*. Berlin u.a.: Springer.

Ballmer-Cao, Thanh-Huyen & Ruth Wenger (1989) *L'élite politique féminine en Suisse*. Zürich: Seismo.

Bürklin Wilhelm & Hilke Rebenstorf (1997) *Eliten in Deutschland: Rekrutierung und Integration*. Opladen: Leske + Budrich.

Dahl, Robert (1961) *Who Governs?* New Haven: Yale University Press.

Duverger, Maurice (1959) *Die politischen Parteien*. Tübingen: J.C.B. Mohr.

Geser, Hans et al (1994) *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich: Seismo.

Geser, Hans (2003) *Schweizer Lokalparteien im Wandel*. Zürich: Institut der Universität Zürich.

Geser, Hans (2004) Die Demontage der Führungsstrukturen in lokalen Parteisektionen, www.geser.net August 2004.

Greven, Michael T. (1987) *Parteimitglieder: Ein empirischer Essay über das politische Alltagsbewusstsein in Parteien*. Opladen: Leske + Budrich.

Hoffmann-Lange, Ursula (1992) *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske + Budrich.

Höpflinger, François (1996) Behördenorganisation: Exekutive, Spezialbehörden und ständige Kommissionen, <http://socio.ch/gem/hoe01.htm>.

- Imhof, Kurt & Gaetano Romano (1996) *Die Diskontinuität der Moderne: Zur Theorie des sozialen Wandels*. Frankfurt u.a.: Campus.
- Katz Richard S. (1990) „Party as Linkage: A Vestigial Function?“, in *European Journal of Political Research*, Vol. 18, No. 1, S. 143-161.
- Katz, Richard S. & Peter Mair (Hrsg.) (1992a) *Party Organizations. A Data Handbook on Party Organizations in Western Democracies, 1960-90*. London u.a.: Sage.
- Katz, Richard S. & Peter Mair et al. (1992b) “The Membership of Political Parties in European Democracies, 1960-1990”, in *European Journal of Political research*, Vol. 22, No. 3, S. 329-345.
- Katz, Richard S. & Peter Mair (1993) “The Evolution of Party Organizations in Europe: The Three Faces of Party Organization”, in *The American Review of Politics*, Vol. 14, Winter, S. 593-617.
- Katz Richard S. & Peter Mair (Hrsg.) (1994) *How parties Organize: Change and Adaption in Party Prganisations in Western Democracies* London: Sage.
- Katz, Richard S. & Peter Mair (1995) “Changing Models of Party Organization and Party Democracy: the Emergence of the Cartel Party, in *Party Politics*, Vol. 1, No. 1, S. 5-28.
- Kirchheimer, Otto (1965) “Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems”, in *Politische Vierteljahresschrift*, 6.Jg., Heft 1, S. 20-4.
- Ladner, Andreas (1999) „Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien. In: Klöti U. et al. (Hrsg.) *Handbuch der Schweizer Politik*. Zürich: NZZ, S. 213-260.
- Ladner, Andreas (2001) *Die politischen Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerparteien*. Zürich: Seismo.
- Ladner, Andreas (2002) *Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung*.
http://socio.ch/par/ladner/lad_02.pdf1.

- Ladner, Andreas (2003) *Politische Ideen und ihre Träger: Vorlesungsskript WS 2003/2004*.
Bern: Institut für Politikwissenschaft.
- Langguth, Gerd (2001) Parteien und bürgerliches Engagement,
http://www.maecenata.de/dokumente/1500_publicationen/Maecenata_Actuell/2003_MA40.pdf
- Liebig, Brigitte (1997) *Geschlossene Gesellschaft. Aspekte der Geschlechterungleichheit in wirtschaftlichen und politischen Führungsgremien in der Schweiz*. Zürich: Rüegger.
- Mair, Peter & Ingrid van Biezen (2001) "Party Membership in Twenty European Democracies, 1980-2000", in *Party Politics*, Vol. 7, No. 1, S. 5-21.
- Mills, C. Wright (1956) *The Power Elite*. New York: Oxford University Press.
- Mosca, Gaetano (1939) *Die herrschende Klasse, Grundfragen der politischen Wissenschaft*.
New York: McGraw-Hill.
- Pareto, Vilfredo (1935) *Mind and Society*. New York: AMS.
- Poguntke, Thomas (2003) International vergleichende Parteienforschung: Working Paper 17,
Keele European Parties Research Unit, www.keele.ac.uk/depts/spire/.
- Rokkan, Stein (2000) *Staat, Nation und Demokratie: Die Theorie Stein Rokkans*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sartori, Giovanni (1976) *Parties and party systems. A framework for analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Scarrow, Susan E. (1994) "The pParadox of Enrollment: Assessing the Costs and benefits of Party memberships", in *European Journal of Political Research*, Vol. 25, S. 41-60.

Scarrow, Susan E. (2000) Parties without Members? Party Organization in a Changing Electoral Environment. In: Russell, Dalton J. & Martin P. Wattenberg (Hrsg.) *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*.

Sciarini, Pascal et al. (1994) *Die Kader der Schweizer Parteien*. Zürich: Seismo: Zürich.

Wiesendahl, Elmar (1998) *Parteien in Perspektive*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH.

Wolinetz, Steven B. (1990) The transformation of the Western European Party Systems. In: Mair, Peter (Hrsg.) *The West European Party System*. Oxford: University Press, S. 218-231.

Zimmermann, Patricia (2002) Mitgliederschwund in den Parteien?,
http://socio.ch/movpar/t_pzimmermann.htm.